

Präs.: 30. Nov. 1993

No. 11020 0040/34-93
ORIGINAL
ANFRAGE

der Abgeordneten Kuba, Wolf
und Genossen
an den Präsidenten des Nationalrates
betreffend Herstellung politischer Pamphlete im Parlament

Den unterzeichneten Abgeordneten sind Kopien von Flugblättern zugegangen, die im FPÖ-Klub hergestellt wurden und auf denen die Adresse des Parlamentes sowie Telefonnummer und FAX-Nummer aufgedruckt sind. Da die unterzeichneten Abgeordneten davon überzeugt sind, daß eine derartige Vorgangsweise dem Ansehen des Parlamentes Schaden bereitet, richten sie an den Präsidenten des Nationalrates nachstehende

Anfrage:

1. Halten Sie es für richtig, daß auf Flugblättern von einzelnen Klubs die Adresse des Parlamentes aufscheint und damit das Parlament als Zahler in Konnex mit parteipolitischen Aktivitäten gebracht wird?
2. Was werden Sie im konkreten Fall tun, um derartigen Aktivitäten Einhalt zu gebieten?

J. Kuba
Robert Siegl
Wolf

Wenzel
Herzberger
Andros

Büro FPÖ-Wirtschaft

Parlament, 1017 Wien

Atzenbrugg-Besetzung hat Klima zu verantworten

VERRAT AM BÜRGER

**Was plant die Hochleistungs-AG wirklich?
Will Klima das Perschlingtal zerstören?
FPÖ fordert von Klima "klare Worte"**

"Die Hochleistungs-AG hat alle ihre Versprechen und Zusagen gebrochen, wonach der Ausbau der Westbahn - insbesondere die Trassenführung zwischen Wien und St. Pölten - mit der betroffenen Bevölkerung diskutiert und überprüft wird", stellte heute der freiheitliche Verkehrssprecher Abg. Peter Rosenstingl empört fest.

Nun ist "die Larve vom Gesicht gerissen" - es soll nun ohne jedes Gespräch und ohne jede Bürgerbeteiligung eine Variante "durchgedrückt" werden, welche die betroffene Bevölkerung "vor den Kopf stößt". Dies ist demokratiepolitisch "furchtbar" und zeigt einmal mehr, wie das rote Verkehrsministerium mit den Bürgern "umspringt", sagte Rosenstingl.

Er, Rosenstingl, macht die ÖBB-Tochter HL-AG für die heute erfolgte Besetzung des Schlosses Atzenbrugg durch empörte und aufgebrachte Bürger "voll verantwortlich". Verkehrsminister Klima ist auch aufgefordert, in dieser Frage klar Stellung zu beziehen und die Diskussion mit den Bürgern nicht zu verweigern. "Dort, wo staatliche Willkür die Bürger knebelt; dort, wo selbtherrliche Minister die Bürgerinteressen mit Füßen treten; dort, wo Bürokraten ohne Rücksicht auf Verluste ihre Projekte in die Landschaft klotzen wollen; dort, wo sich der Staatsbürger alleine und verlassen vorkommt - dort wird die FPÖ ihre ganze Kraft dafür verwenden, diesen Bürgern zu helfen und sie nach Kräften zu unterstützen", schloß Rosenstingl.